



1570.1

Bern, den 10. August 1980

10. September 1980

AusgestelltGeht nicht an die PresseAntrag an den Bundesrat

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 3./4. Juni 1980

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 16. August 1980 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom
 1. September 1980 (Zustimmung)
 Finanzdepartement. Mitbericht vom 3. September 1980 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

Der OECD-Rat hat b e s c h l o s s e n :

1. Vom Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Minister-
ebene vom 3./4. Juni 1980 werden genehmigt.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilage) an:

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10) zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

S. Müller





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Bern, den 26. August 1980

AusgeteiltGeht nicht an die PresseAntrag an den Bundesrat

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates
 auf Ministerebene vom 3./4. Juni 1980

Der OECD-Rat hielt seine jährliche Tagung auf Ministerebene am 3./4. Juni 1980 am Sitz der Organisation in Paris ab. Die schweizerische Delegation wurde durch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements geleitet.

1. Wirtschaftspolitik zwischen Inflation und Rezession

Noch 1978 hatten die Minister mit dem Programm konzertierter Aktion versucht, eine Phase neuen, dauerhaften Wachstums in der OECD-Region einzuleiten.

Im Juni 1979 hatte der zweite Erdölpreisschock bereits (mit 40 Prozent Erhöhung) eingesetzt, weshalb sich die Minister zugunsten einer konsequent stabilitätsorientierten Geld- und Budgetpolitik aussprachen, um den oelpreisbedingten Inflationsschub unter Kontrolle zu bringen bzw. die Absorption der dadurch verursachten realen Einkommensverluste zu erleichtern. Die gleichzeitige Zunahme der hausgemachten Inflation diktierte ebenfalls einen restriktiven Kurs.

Ein Jahr später sehen sich die OECD-Länder einem Dilemma ausgesetzt: Einerseits hat für viele Länder der laufende Konjunkturzyklus den Höhepunkt überschritten. Der Abschwung hat am nachhaltigsten bereits in den USA eingesetzt. Diese deflatorische Entwicklung wird nun durch den oelpreisbedingten Einkommensentzug für die ganze Region akzentuiert.

Andererseits stehen die OECD-Länder unter dem Zwang, den restriktiven geld- und budgetpolitischen Kurs, der ebenfalls dämpfend auf die Wirtschaftstätigkeit wirkt, weiterhin durchzuhalten, um die starken inflationären Impulse der Oelpreiserhöhungen von rund 150 Prozent zu neutralisieren und um die hausgemachte Inflation besser in Griff zu bekommen.

Die OECD-Länder müssen den schwierigen Balanceakt vollbringen, die wachstumsfeindliche Inflation ungenügend unter Kontrolle zu bringen, ohne aber das Risiko einer tiefen Rezession zu laufen.

Erwartungsgemäss haben die Minister an ihrer diesjährigen Tagung in beeindruckender Geschlossenheit für die Fortführung der restriktiven Geld- und Budgetpolitik plädiert, bis in der Inflationsbekämpfung nachhaltige Fortschritte erzielt worden sind. Erst wenn dieses prioritäre Ziel erreicht ist, kann eine Lockerung dieser Politiken bzw. eine Nachfragestimulierung ins Auge gefasst werden.

Diese kurzfristig ausgerichtete Politik ist nach dem Willen der Minister jedoch zu kombinieren mit einer ganzen Reihe von mittel- bis langfristigen Politiken, um die Voraussetzung für ein erneutes dauerhaftes, nicht-inflationäres Wachstum zu schaffen:

Im Vordergrund steht - nebst der Energie- und Handelspolitik - eine Stärkung der Angebotsseite der Volkswirtschaften der OECD-Länder. Die Produktivinvestitionen, denen eine tragende Rolle für einen neuen Aufschwung zukommt, sind zu fördern bzw. zu erleichtern. Die Erhöhung der Flexibilität

des Arbeitsmarktes wird ebenfalls befürwortet. Schliesslich ist die Politik positiver Strukturanpassung, wie sie von den Ministern 1978 beschlossen worden ist, weiterzuführen.

Hinsichtlich der Zahlungsbilanzpolitik bestand Einigkeit darüber, dass diejenigen Länder, die keine Schwierigkeiten haben hinsichtlich der Aussenfinanzierung, von spezifischen Massnahmen zum Abbau ihrer Ertragsbilanzdefizite Abstand nehmen sollten. Die Minister unterstrichen schliesslich die anhaltende Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit im Währungs- und Devisenmarktbereich.

Diese wirtschaftspolitische Rezeptur ist knapp drei Wochen später auch am Wirtschaftsgipfel der sieben grössten OECD-Länder in Venedig bestätigt worden.

Die schweizerische Delegation hat es begrüsst, dass die Gesamtheit der OECD-Länder der wirtschaftspolitischen Gesundung Priorität einräumen möchte und eine Wachstumsbelebung erst ins Auge fasst, wenn von der Inflations- und Angebotsseite her gute Voraussetzungen dazu bestehen. Dieser Kurs ist von unserem Land konsequent bereits nach der ersten Ölpreiskrise von 1973/74 verfolgt worden.

2. Energiepolitik

Der zweite Erdölpreisschock hat den OECD-Ländern wiederum drastisch vor Augen geführt, wie verletzlich ihre Volkswirtschaften in energiepolitischer Hinsicht sind und wie übermässig gross die Abhängigkeit vom importierten Erdöl ist.

Im Bemühen der OECD-Länder, mittelfristig wieder die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu schaffen, kommt entsprechend der Energiepolitik eine Schlüsselrolle zu. Die Minister haben die von der IEA-Ministerkonferenz vom Mai gesetzten Prioritäten zugunsten einer strukturellen Umgestaltung ihrer Energiewirtschaften bekräftigt. Es sind energische Massnahmen der Regierung zur

Verbesserung der Angebots- und Nachfragesituation im Energiebereich vonnöten. Die Minister betonten die wichtige Rolle des Preismechanismus, um den Prozess des rationelleren Energieeinsatzes, der Substitution von Erdöl und der gesteigerten Erzeugung alternativer Energieträger zu beschleunigen. Die Minister haben sich ferner für den Einsatz geeigneter Instrumente ausgesprochen, um kurzfristigen Störungen am Oelmarkt zu begegnen.

Die Teilnehmer am Wirtschaftsgipfel in Venedig haben in nachdrücklicher Weise ein Energieprogramm für die 80er Jahre verkündigt und ebenfalls einer nachhaltigen Verringerung der Abhängigkeit von importiertem Oel das Wort geredet, ohne aber materiell über die IEA-Beschlüsse hinauszugehen.

3. Handelspolitik

Die Minister haben am 4. Juni 1980 die neue Erklärung der OECD-Regierungen zur Handelspolitik verabschiedet¹⁾ welche die 1974 erstmals angenommene handelspolitische Stillhalteerklärung (Trade Pledge) ablöst, die seither jährlich erneuert worden ist.

Die neue Erklärung, die ungleich dem Trade Pledge von unbegrenzter Gültigkeitsdauer (jedoch eine Revisionsklausel aufweist), inhaltlich aber weitgehend mit ihm identisch ist, enthält das Bekenntnis der OECD-Regierungen, auch künftig am offenen, multilateralen Handelssystem festhalten zu wollen und eine weitere Liberalisierung des Güter- und Dienstleistungsaustausches anzustreben. Die Erklärung wird ergänzt durch ein Verfahren für periodische Ueberprüfungen der wichtigsten Entwicklungen und Fragen im Bereich des internationalen Handels und der diesbezüglichen Politik der Mitgliedländer. In handelspolitischen kritischen Situationen sollen ad-hoc-Konsultationen stattfinden.

1) der Entwurf lag dem Antrag des EVD vom 21. Mai 1980 betreffend die OECD-Ministertagung bei.

Die neue Erklärung hebt selbst ausdrücklich hervor, dass es Aufrechterhaltung eines offenen, multilateralen Handelssystems eine wesentliche Rolle zufällt im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Sicherstellung eines dauerhaften, inflationsfreien Wachstums der Weltwirtschaft. Insbesondere sei sie wesentlich zum Erreichen einzelner wirtschaftlicher Ziele wie Preisstabilität, Produktivitätserhöhung und Zahlungsbilanzanpassung.

Die Schweizer Delegation hat die neue Handelserklärung vorbehaltlos unterstützt, wird sie doch wie das bisherige "Trade Pledge" ein wertvolles Instrument darstellen, protektionistische Regungen bei unsern OECD-Handelspartner wie auch bei uns selbst zu bekämpfen. Erfreulich stimmt die Geschlossenheit, mit der sich alle OECD-Länder an der Ministertagung für die neue Erklärung ausgesprochen haben.

Die Minister befürworteten ferner eine Neuaushandlung der Exportkreditvereinbarung der OECD-Länder von 1976 bis zum 1. Dezember 1980. Hauptsächliches Ziel soll sein, marktnähere Zinssätze für öffentlich unterstützte Kredite festzulegen, was eine Verringerung des Subventionsvolumens und der heutigen Wettbewerbsverzerrungen ermöglichen würde.

4. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

Die erdoelimportierenden Entwicklungsländer gehören zu den Hauptleidtragenden der starken Oelpreiserhöhungen der letzten zwei Jahre und der konjunkturellen Abschwächung in den OECD-Ländern. Ihre Erdölrechnung dürfte von 26 Milliarden Dollar 1978 auf 51 Milliarden Dollar 1980 zunehmen, ihr Leistungsbilanzdefizit könnte im gleichen Zeitraum von 25 auf 50 bis 60 Milliarden Dollar steigen.

Die Minister befassten sich mit dem Finanzierungs- und Anpassungsproblemen, die sich den Entwicklungsländern stellen.

Noch ist keineswegs klar, ob der Prozess der Rückschleusung

der Petrodollars (Recycling) dieses Mail so reibungslos funktionieren wird wie nach 1973/74, hat doch die Schuldenlast vieler Länder kritische Ausmasse erreicht und sind die Geschäftsbanken schon bereits stark engagiert. Ueberlegungen wurden angestellt, wie das Recycling mit Hilfe multilateraler Programme gestärkt werden könnte. Für die Prüfung dieses Problemkreises sind der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in erster Linie zuständig. Die Minister ersuchten die OECD, die eingeleiteten ergänzenden Untersuchungen des Recyclings zugunsten der Entwicklungsländer weiterzuführen. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit, zugunsten der ärmsten Länder die öffentliche Hilfe anzuheben, hervorgehoben.

Die Minister unterstrichen die Bedeutung einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in den bevorstehenden internationalen Verhandlungen. Ein wichtiger Meilenstein wird die Verabschiedung der neuen internationalen Entwicklungsstrategie durch die ausserordentliche UNO-Generalversammlung im Herbst darstellen. Die Minister begrüßten ferner die durch die in Vorbereitung stehenden Nord-Süd-Global-Verhandlungen geschaffene Möglichkeit, Probleme gemeinsamen Interesses zu lösen. Sie bekräftigten den Willen ihrer Regierungen, zum Erfolg der Globalverhandlungen beizutragen, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind wie Konzentration auf wesentliche Punkte, kohärentes und umfassendes Verhandlungskonzept, Einbezug bestehender Institutionen und Zugang für alle Länder.

5. Gesamthafte Würdigung

Die diesjährige Ministertagung ist in einer ruhigen und konstruktiven Atmosphäre verlaufen. Die weitgehende Einigkeit dürfte dadurch erleichtert worden sein, dass die konjunkturelle Lage sich anfangs Juni noch immer in vielen Ländern vergleichsweise gut präsentierte und gewisse Schwierigkeiten erst im zweiten Semester oder gar 1981 erwartet werden.

Die schweizerische Delegation hat sich betont befriedigt von dieser Tagung gezeigt, sind doch unsere wirtschaftspolitischen Thesen - Priorität wirtschaftlicher Gesundheit bzw. Stabilitätspolitik - nun in den meisten OECD-Ländern Gemeingut geworden. Auch die Verabschiedung der neuen Handels-erklärung ist positiv zu veranschlagen.

Wie in den frühern Jahren hat auch diese Ministertagung einen gewichtigen Beitrag an die Wirtschaftsthemen des drauffolgenden Weltwirtschaftsgipfels der sieben grössten westlichen Industriestaaten in Venedig geleistet. Die Uebernahme der OECD-Ergebnisse durch die Gipfelländer stimmt einerseits zufrieden. Andererseits ist doch zu vermerken, dass die besondere Kooperation der Sieben auch Probleme für die Zusammenarbeit aller marktwirtschaftlicher Industrieländer in der OECD aufwirft.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

A n t r a g

1. Vom vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 3./4. Juni 1980 zu genehmigen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilage

Bericht der Schweizer Delegation

Protokollauszug an:

- EVD 10 (GS 5, BAWI 10)
- EDA 5
- EFD 5